

## **„Die Wehrpflicht ist sinnlos geworden!“**

Bericht über die Veranstaltung mit Nabg. Peter Pilz zum Thema der sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grünen am 27. Aug. 2010 in Thal

**ThAL**-GR Franz Sölkner verwies in seiner Einleitung auf das Faktum von mehreren Einbrüchen in den letzten Jahren in Thal. Nicht alle konnten geklärt werden. Bei den geklärten Fällen ist ein Teil der Täter dem Kreis der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität aus Ostmitteleuropa zuzuordnen. Dies fördere in der Bevölkerung pauschale Vorurteile und werde von den rechten Parteien für eine menschenrechtswidrige und tendenziell antidemokratische Politik instrumentalisiert. Insofern befinde man sich beim Thema Sicherheit am Kern des aktuellen politischen Geschehens.

Peter Pilz begann seine Ausführungen mit einer eleganten Polemik. Er habe zum Thema Eigentumskriminalität eine schlechte und eine gute Nachricht. Die schlechte: Ex-Finanzminister Grasser sei noch immer auf freien Fuß. Die gute: Das werde nicht mehr lange so sein.

### **Innere Sicherheit: Fakten, Zusammenhänge und Scheinsicherheiten**

Es habe nach 2001, dem Jahr des EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder ein erhöhtes Maß an grenzüberschreitender Eigentumskriminalität in Österreich gegeben. Diese habe im Jahr 2006 ihren statistischen Höhepunkt erreicht und sei seither insgesamt – von kleinen Ausschlägen nach oben abgesehen - wieder rückläufig. Das nahe Umfeld der größeren Städte sei von der Steigerung der Eigentumsdelikte besonders betroffen gewesen.

Die wichtigste Gegenstrategie liegt langfristig in einer wohlstandssichernden Politik in Österreich (Arbeitsplätze, Umverteilung) - aber auch einer verbesserten Drogenpolitik, weil die Beschaffungskriminalität einen wichtigen Anteil habe - und einer wohlfördernden Politik in den östlichen Nachbarstaaten. Kurzfristig sei eine gute Polizeiarbeit mit hohen Aufklärungsraten entscheidend. Diese Rate liege in Österreich im Bereich der Eigentumskriminalität deutlich unter 10 %, ein im Vergleich zu unseren westlichen Nachbarn sehr schlechter Wert. Regelrecht abgestürzt sei sie nach der seinerzeitigen Polizeireform von Ex-VP-Innenminister Strasser im Jahr 2002. Die Eingliederung der Gendarmerie in die Polizei, die Nichtnachbesetzung von pensionierten BeamtInnen und die parteipolitische Umfärbung der vorher rot dominierten höheren Beamtschaft der Polizei habe – vor allem in Wien - zu einer Demotivierung der Beamtschaft geführt.

Sehr wichtig sei auch eine gute Polizeizusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Täter. Mit den östlichen EU-Nachbarn klappe dies inzwischen sehr gut, dort sei als Folge des EU-Beitritts eine deutliche Modernisierung des Polizeiapparates vor sich gegangen. Was aber auch zur Folge hatte, dass sich der Täterkreis inzwischen weiter nach Osteuropa verschiebt (Moldawien, Ukraine, Russland, Kaukasus-Staaten).

Die verstärkte individuelle Vorbeugung gegen Einbruchskriminalität sei subjektiv verständlich, bringe aber letztlich auf das Gesamtproblem hin gesehen nichts, weil sich die Strategien der Täter mitentwickeln. Als Vorbeugemaßnahme weitgehend zu vergessen, sei die allgegenwärtige Videoüberwachung öffentlicher Räume, weil natürlich niemand da sei, der die tausenden Stunden des aufgezeichneten Materials anschaut und weil sich die Tatorte einfach von den überwachten Räumen weg verlagere.

### **Kriminalisierung des kritischen Engagements**

Sehr problematisch sei die von der Regierung und Boulevardmedien betriebene Meinungsbildung im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Aufmerksamkeit der Menschen werde auf unbedeutende Nebenthemen gelenkt. So sei etwa die Gefahr einem islamistischen Terroranschlag zu Opfer zu fallen statistisch völlig irrelevant, diese Angst zu schüren eigne sich aber vortrefflich zum Ablenken von den eigentlichen Problemen und zur politischen Manipulation zugunsten von autoritären politischen Konzepten der Rechtsparteien.

Typisch für die Fehlorientierung des Innenministeriums in der Sicherheitspolitik sei auch die



Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft nach dem § 278 Strafgesetzbuch gegen die idealistische Tierschutzszene. Der Paragraph selbst sei natürlich sinnvoll, weil er die Bildung von kriminellen, mafiosen Vereinigungen - noch bevor diese eine konkrete andere Straftat begangen haben - unter Strafe stellt. So gäbe es seit Jahren konkrete Hinweise aus Italien, dass die Mafia Österreich intensiv nutze zum Waschen von kriminellen Schwarzgeld. Der Druck einer ÖVP-nahen Lobby habe nun dazu geführt, dass der 278er – anstatt gegen die

Mafia - nun in einem ersten großen Monsterprozess gegen die TierrechtlerInnen angewandt wird. Nahezu alle Strafrechtsexperten und – mit Ausnahme der ÖVP - die Justizpolitiker fast aller Parteien halten das für einen Missbrauch dieses Paragraphen. Es bestehe die Gefahr, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werde um zukünftig das kritische Engagement zivilgesellschaftlicher AktivistInnengruppen kriminalisieren und unterdrücken zu können.

### **Äußere Sicherheit: Abschaffung der Wehrpflicht und Europäische Kernneutralität**

Die Auflösung der Ost-West-Blockkonfrontation und die Integration aller Nachbarstaaten in die EU habe die äußeren sicherheitspolitischen Erfordernisse völlig verändert. Die Arbeit der 2003 eingerichteten, von Zilk geleiteten Bundesheer-Reformkommission sei ein erster guter Versuch gewesen daraus die institutionellen Konsequenzen zu ziehen. Die Umsetzung der Ergebnisse sei aber an Widerständen im Bundesheer und am Geld gescheitert. Das für die Reform notwendige Geld sei von der VP/FP-Regierung in einem höchst dubiosen Beschaffungsvorgang für die sicherheitspolitisch völlig unnötigen Eurofighter vergeudet worden. Es liegen ihm neue noch unveröffentlichte Zahlen vor, demnach eine Eurofighter-Flugstunde € 73.000 kostet (und dabei seien die Kosten des Radarbetriebes nicht eingerechnet).

Ein Bundesheer mit großen Kopfzahlen werde nicht mehr gebraucht. Die Wehrpflicht sei sinnlos geworden, sie stehe den jungen Männern nur die Zeit. Österreich sei in diesem Prozess ohnehin schon Nachzügler, weil es innerhalb der EU nur mehr 4 oder 5 Staaten gäbe, die sie noch nicht abgeschafft haben. Im Herbst werde es im Nationalrat eine große Debatte zur Österreichischen Sicherheitsdoktrin geben. Die Grünen werden sich da stark einbringen. Sollte die SP/VP-Parlamentsmehrheit für die Abschaffung der Wehrpflicht nicht zu haben sein, werden die Grünen dafür ein Volksbegehren initiieren, bei dem er mit einer großen Unterstützung vor allem durch die Jugend rechne.

Richtig sei, dass mit dem Ende der Wehrpflicht auch der Zivildienst in seiner bisherigen Form abgeschafft werden müsse. Diese wichtigen Aufgaben müssten zukünftig anders organisiert werden. Ein verpflichtender Zivildienst sei aus völkerrechtlichen Gründen nicht möglich, weil dieses eine Zwangsverpflichtung von Menschen durch den Staat nur für militärische Zwecke zulasse. Die Lösung der bestehenden sozialen Anforderungen in Form eines anständig bezahlten „freiwilligen sozialen Jahres“ sei aber in Erwägung zu ziehen.



Wichtig sei, dass man im neuen Berufsheer keine Rambo-Mentalitäten zulasse. Eine sorgfältige Personalauswahl werde nötig sein. Um keine Kriegertypen anzulocken soll es in diesem neuen Heer auch keine dauerhaften Berufskarrieren geben, sondern die BerufssoldatInnen sollen nach 10 Jahren in den Polizeidienst übertreten. Diese grundsätzliche Verschränkung von Militär und Polizei entspreche auch der dem neuen Verständnis von militärischem Sicherheitsdenken. Die Rechtsstaatlichkeit nehme weltweit zu, Einrichtung von internationalen Strafgerichten sei ein zwar noch unvollkommener aber wichtiger Schritt. Das Militär der Zukunft wird dementsprechend vor allem eine internationale Polizei sein, mit gut ausgerüsteten polizeilichen Mandatseinheiten aber ohne schwere Waffen. An die Akteure werden kaum hohe kriegerischen Fähigkeiten aber hohe kulturelle und soziale Kompetenzen zu stellen sein.

### **Kernneutralität bleibt sinnvoll und wäre auch ein Modell für die gesamte EU**

Durch die Vollintegration Österreichs in die EU sei die alte „umfassende Neutralität“ nach dem Vorbild der Schweiz gegenstandslos geworden. Sie habe sich auf eine sinnvolle Kernneutralität reduziert: Keine Beteiligung an Kriegen, keine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis, keine Stationierung fremder Truppen im Hoheitsgebiet.

Die Gefahr einer Entwicklung der EU zur auch militärisch agierenden Hegemonialmacht sieht Pilz als nicht wünschenswerte Möglichkeit. Um sie zu bannen sei eine Art Kernneutralität auch seine Vision für die GesamtEU. Das bedeutet eine sicherheitspolitische Abkoppelung von den USA. Dies sei notwendig, weil Europa und die USA aus historischen und geopolitischen Gründen völlig unterschiedliche Sicherheitsphilosophien verfolgen. So wie für Österreich ein Einsatz von Militär außerhalb unseres Landes ohne UN-Mandatierung nicht in Frage komme, so sei dies auch für die EU denkbar und

wünschenswert. Freilich bleibe die Frage der Verantwortung Europas in jenen Fällen, in denen schwere und andauernde Verbrechen gegen das Menschen- und Völkerrecht geschehen und sich die UN dabei als handlungsunfähig erweisen. Eine diesbezügliche Reform der UNO wäre daher wichtig und sollte von Österreich eingefordert und unterstützt werden.

Beim Sommergespräch mit Peter Pilz war auch ein ranghoher Militär anwesend, der in Thal wohnende Oberst Günter Ruderstaller, ein Mitglied des Generalstabes. Interessant war, dass er in seinen Wortmeldungen eine weitgehende Übereinstimmung mit den sicherheits- und militärpolitischen Auffassungen von Pilz zum Ausdruck brachte.

### **Skepsis und Vorsicht zum Thema Israel – Palästina**

Angesprochen auf die aktuellen Bestrebungen der Obama-Administration zur Lösung des schweren Dauerkonflikts zwischen Israel und den PalästinenserInnen zeigte sich Pilz skeptisch. Die Einbindung der Hamas in den politischen Prozess sei nötig. Wörtlich: „Der Westen macht jetzt denselben Fehler der Ausgrenzung, den er in den 70er-Jahren bei der PLO gemacht hat. Ich weiß aus meinen Erfahrungen mit der Kurdenpolitik, dass es bei allen Parteiungen Leute gibt, mit denen man reden kann“. Bedeckt hielt Pilz sich hinsichtlich einer vorgebrachten Kritik an einer angeblichen, mit Vereinbarungen abgesicherten nichtoffiziellen Kooperation des Österreichischen Bundesheeres mit der Israelischen Armee auf dem Gebiet der Ausbildung. Diese deutlich neutralitätswidrige Zusammenarbeit mit einer in permanente Völkerrechtsbrüche verstrickten Besatzungsarmee wollte er nicht bestätigen. Das müsse er sich genau anschauen .....

Insgesamt war es ein spannender und erhellender Abend. Pfarrer Karl Niederer, der so wie Bgm. Peter Schickhofer beim Gespräch mit Pilz anwesend war, brachte es im anschließenden gemütlichen Ausklang so zum Ausdruck: „Es macht schon einen großen Unterschied, ob man einen Politiker nur mit drei Sätzen im Fernsehen hört oder ob man die Gelegenheit hat, seine Gedanken im Zusammenhang präsentiert zu bekommen. Vieles was in der medialen Verkürzung sonderbar klingt, wird dann plötzlich sehr vernünftig!“

Franz Sölkner  
Thal, am 10. 09. 2010